

Beantwortung von Anfragen		1967/18-AW öffentlich
Anfragenbeantwortung i.S. Auskunft bezüglich der neusten Kundenanschriften der WEVG Anfrage AfD-Ratsfraktion vom 18.04.2023 in den Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Gesundheit am 03.05.2023 sowie des Rates der Stadt Salzgitter am 31.05.2023		
Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Zuständigkeit
(Ö) Rat der Stadt Salzgitter	31.05.2023	zur Kenntnis
(Ö) Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit	07.06.2023	zur Kenntnis

Sachverhalt:

Die AfD-Ratsfraktion hat folgende Fragen an die Verwaltung gerichtet:

Die AfD-Ratsfraktion bittet hiermit um Auskunft bezüglich der neusten Kundenanschriften der WEVG. Insbesondere interessieren wir uns für die Art, Form und den Inhalt dieser Schreiben.

Sind diese Anschriften durch die im Aufsichtsrat der WEVG entsandten Ratsmitglieder und durch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung autorisiert worden? Haben diese überhaupt Kenntnis davon erhalten?

Wir begründen diese Anfrage damit, dass die Stadt Salzgitter als 49%iger Miteigentümer der WEVG offensichtlich gegenüber Bürgern und Verbrauchern insbesondere auf den Angriffskrieg der russischen Föderation auf die Ukraine als alleinige Begründung für diese enormen Preissteigerungen verweist.

Wir sind der Meinung, dass die Kompetenzen von Bund, Land und Kommunen scharf abgegrenzt sind und eine satzungsgemäß betriebene „kommunalpolitische Außenpolitik“ in der Form einer Wertung hier nicht zulässig ist. Die Verantwortung für die Außenpolitik liegt beim Bund und dem Ressort für Äußeres.

Verärgerte Bürger haben uns deswegen bereits kontaktiert und harsche Kritik geäußert.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung teilt nach Abstimmung mit der WEVG Salzgitter GmbH & Co. KG (WEVG) in Bezug auf die seitens der AfD-Ratsfraktion gestellten Fragen Folgendes mit:

Zunächst sei von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass nicht die Stadt Salzgitter selbst, sondern deren hundertprozentige Tochtergesellschaft Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Salzgitter (VVS) unmittelbar, 49,78 % der Gesellschaftsanteile an der WEVG hält. Die Mehrheit der Gesellschaftsanteile an der WEVG hält mit 50,22 % die Avacon AG. Die Stadt Salzgitter ist insofern nur mittelbar an der WEVG beteiligt.

Die Inhalte der Kundenanschriften beruhen im Wesentlichen auf Empfehlungen der Verbände der Energiewirtschaft, die in der Regel von ihren Verbandsmitgliedern übernommen werden. Eine Autorisierung durch den Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafter ist hier nicht üblich und gesellschaftsrechtlich auch nicht geboten, da es sich um die Umsetzung rechtlicher Vorgaben im Rahmen des laufenden operativen Geschäftes der Geschäftsführung der WEVG handelt.

Die WEVG hat hinsichtlich des russischen Angriffskrieges keine eigene Wertung vorgenommen. Sie bezieht sich bei dem Schreiben auf Empfehlungen der erwähnten Verbände sowie die Einschätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), dass die in 2022 erfolgte Verknappung der Gaslieferungen sich voraussichtlich auf die Endkundenpreise auswirken werden.

Folgende zwei Quellen sollen die vorherigen Ausführungen ergänzend belegen:

Zitat vom 23.06.2022 aus der Pressemitteilung Energie des BMWK:

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, erklärte hierzu: „Auch wenn aktuell noch Gasmengen am Markt beschafft werden können und noch eingespeichert wird: Die Lage ist ernst, und der Winter wird kommen. Wir dürfen uns nichts vormachen: Die Drosselung der Gaslieferungen ist ein ökonomischer Angriff Putins auf uns. Es ist offenkundig Putins Strategie, Unsicherheit zu schüren, die Preise zu treiben und uns als Gesellschaft zu spalten. Dagegen wehren wir uns. Es wird aber ein steiniger Weg, den wir jetzt als Land gehen müssen. Auch wenn man es noch nicht so spürt: Wir sind in einer Gaskrise. Gas ist von nun an ein knappes Gut. Die Preise sind jetzt schon hoch, und wir müssen uns auf weitere Anstiege gefasst machen. Das wird sich auf die industrielle Produktion auswirken und für viele Verbraucherinnen und Verbraucher eine große Last werden. Es ist ein externer Schock.“

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/06/20220623-bundesministerium-ruft-alarmstufe-des-notfallplans-gas-aus.html>

Bundesdrucksache 20/4915 vom 14.12.2022 zur Einführung einer Strompreisbremse

Zitat auf S. 6: „Der Deutsche Bundestag stellt fest: Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands bringt Zerstörung und Leid für die Menschen in der Ukraine. Der Deutsche Bundestag steht fest an der Seite unserer ukrainischen Partner. Die Folgen des Krieges sind auch in Europa und in Deutschland zu spüren. Wladimir Putin versucht, die Gesellschaft zu spalten, indem er gezielt die Energiepreise nach oben treibt, um Angst und Unfrieden zu stiften. Als Ampel-Koalition werden wir nicht zulassen, dass Wladimir Putin mit seinem Energiekrieg gegen unser Land Erfolg hat. Darum haben wir zusätzlich zu den drei umfangreichen Entlastungspaketen einen Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro aufgespannt. Die Mittel im Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds nutzen wir, um die Energiepreise zu stabilisieren.“

Anlage/n
Keine

gez. Frank Klingebiel